

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Eine Weihnachtsgabe für die Kriegerfamilien.

Vorstand und Ausschuss haben beschlossen, in diesem Jahre wieder an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder eine Weihnachtsgabe im Betrage von 6 Mark aus der Hauptkasse zu gewähren. Ein Zuschlag für Kinder wird nicht gegeben.

Kriegerwitwen sowie Eltern oder sonstige Personen, für welche ledige eingezogene oder gefallene Kollegen den Unterhalt bestreiten haben, erhalten den gleichen Betrag.

Familien von Mitgliedern, die aus dem Heeresdienst entlassen oder zur Arbeit beurlaubt sind, können die Weihnachtsgabe nicht erhalten. Sie kann auch nur an die Familienangehörigen eingezogener Mitglieder gewährt werden. Weibliche Mitglieder, deren Ehemänner nicht in unserm Verbandsorganisiert sind, erhalten sie nicht.

Voraussetzung für den Bezug der Weihnachtsgabe ist, daß der in Frage kommende Kollege am Tage seines Eintritts in den Heeresdienst 52 Wochen dem Verbandsangehörte, 52 Wochenbeiträge geleistet, mit den Beiträgen nicht länger als 4 Wochen im Rückstande war und zur Zeit der Auszahlung sich im Heeresdienst befindet.

Heilbehandlung im Lazarett wird dem Heeresdienste gleich geachtet.

Die örtlichen Verwaltungen werden ersucht, in zweckmäßiger Weise die Familien der Eingezogenen von der Weihnachtsgabe in Kenntnis zu setzen.

Weihnachtsgaben, die nicht rechtzeitig abgefordert werden, können nur bis zum 31. Januar, aller spätestens Ende Februar zur Auszahlung gelangen. Später sich Meldende werden unter keinen Umständen mehr berücksichtigt.

Die Unterstützung ist in jedem Falle in das Mitgliedsbuch einzutragen mit der Bezeichnung: **Kriegsweihnachtsgabe 1916**. Unter der gleichen Bezeichnung wird die in einer Zahlstelle geleistete Gesamtsumme in die Abrechnung eingestellt.

Wie im Vorjahre, so werden wir uns auch in diesem Jahre in einem Anschreiben an die Kriegerfrauen wenden. Diese Anschreiben enthalten Vordrucke zu Mitteilungen, die die Auszahlung betreffen. Zahlstellen, die davon Gebrauch machen wollen, sind gebeten, uns den Text bald einzulenden und die Zahl der erforderlichen Schreiben uns zur Kenntnis zu bringen.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Was nun?

Länger als zwei Jahre tobt schon der Weltkrieg und ein Ende ist noch immer nicht abzusehen. Die Leiturung ist geradezu unerträglich geworden, aber noch sind ihr keine Grenzen gesetzt. Alle Bevölkerungsklassen leiden unter der Leiturung, aber nicht alle gleich schwer. Große Schichten haben infolge des Krieges ihr Einkommen erheblich erhöhen können; andre leiden trotz hoher Lebensmittelpreise keine Not, weil ihre Finanzkraft alle Schwierigkeiten überwinden kann.

Die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Masse hat jedoch einen Lohnausgleich nicht erreichen können. Das zeigen am besten einige Zahlen, die allerdings nur ein engbegrenztes Gebiet umfassen und daher keine allgemeine Gültigkeit beanspruchen können. Immerhin werden die Verhältnisse für die hier in Betracht kommenden Arbeiter in andern Gegenden Deutschlands nicht günstiger sein.

Es handelt sich um ein Industriegebiet mit vorwiegend chemischer Industrie. In zwölf uns als Grundlage dienenden Betrieben ist der Arbeitslohn seit Kriegsausbruch direkt oder in Form von Zulagen erhöht worden. Die Erhöhungen betragen: 27,7 Prozent — 25 Prozent (2 Betriebe) — 24,2 Prozent — 24 Prozent — 19 Prozent — 18 Prozent — 16 Prozent — 14 Prozent — 13 Prozent — 12 Prozent und 11 Prozent. Man ersieht aus diesen Zahlen, daß am gleichen Orte sehr verschiedene Lohnsteigerungen eingetreten sind. Leider sind die größten Steigerungen nicht dort eingetreten, wo ehemals der Lohn am geringsten war. Immerhin sind Lohnhöhungen von 24 und 27,7 Prozent schon ganz annehmbar und würden, normale Preisverhältnisse vorausgesetzt, den Arbeitern bedeutende Erleichterungen bringen und Annehmlichkeiten schaffen.

Bei der jetzigen Kriegsteuerung sind jedoch diese Steigerungen nicht ausreichend, die Arbeiterfamilien vor der schlimmsten Not zu schützen. Es müssen noch ganz andre Lohnhöhungen Platz greifen, wenn die Lage der Arbeiter einigermaßen erträglich gestaltet werden soll. Bei allen angeführten Beispielen handelt es sich um Löhne, die vor Kriegsausbruch zwischen 40 und 55 Pf. pro Stunde schwankten und gegenwärtig in keinem Falle über 38 Mark pro Woche hinausgehen.

Sehen wir uns nun einmal die Preissteigerungen etwas näher an. Nach Ca. war ein notwendiger Wochenlohn für den Lebensmittelbedarf einer vierköpfigen Familie vom April 1914 bis April 1915 von 24,96 M. auf 34,41 M. oder um 15,96 Prozent gestiegen. Bis zum April 1916 stiegen diese Ausgaben aber weiter auf 51,99 M., ohne daß dabei die Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Licht, Brand, direkte Steuern und Versicherungsbeiträge berücksichtigt worden sind. Trotzdem beträgt die Erhöhung der notwendigen Ausgaben pro Woche 27,03 M. oder 108,3 Prozent für April 1916 gegenüber April 1914. Diese gewaltige Steigerung der Ausgaben muß in der Erhöhung des Lohnes nun endlich einen Ausgleich finden. Bleibt doch jetzt der Höchstlohn von 38 M. noch um 14 M. hinter den notwendigen Ausgaben für Lebensmittel zurück. Die Arbeiter greifen zu Ueberstundenarbeit, und die Unternehmer sind geneigt, solche zu gewähren. Dadurch wollen die Arbeiter ihre prekäre Lage verbessern. Sie erreichen auch einen höheren Verdienst, aber das Uebel wird verschimmert. Infolge der Kriegsernährung leidet der Körper. Durch übermäßig lange Arbeit werden die Kräfte schnell verzehrt, ohne daß genügender

Ersatz durch Nahrungsmittel geschaffen werden könnte. Das ist ein Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, der sich später rächen wird. Und er betrifft nicht nur männliche Volkarbeiter, sondern gleichmäßig auch Frauen und Jugendliche. Leider stehen die Unternehmer diesem Raubbau nicht nur teilnahmslos gegenüber, sondern fördern ihn direkt. In der „Arbeitergeber-Zeitung“ vom 15. Oktober wird dieser Raubbau geradezu als ideal hingestellt. Von dieser Seite ist also keine Besserung zu erwarten.

Die Selbsthilfe der Gewerkschaften ist durch den Kriegszustand und den Burgfrieden eingeschränkt. Die Maßnahmen, die getroffen werden können, haben, wie oben gezeigt wurde, selbst in günstigen Fällen zu einem Ausgleich für die Arbeiter nicht geführt. Vielfach warten die Unternehmer mit Trostgründen aller Art auf. Sie meinen, die Arbeiter müßten jetzt erst einmal abwarten, der Krieg müsse doch einmal ein Ende nehmen, oder aber sie behaupten, die Preise der Lebensmittel würden sich auf die Dauer nicht in dieser Höhe halten können. Wieder andre folgern, eine weitere Erhöhung der Arbeitslöhne würde den Lebensmittelverehrern ein willkommenes Anlaß zu noch weiteren Preissteigerungen sein.

Diese und ähnliche Argumente können die Arbeiter nicht befriedigen. Während des Krieges sind die Preise dauernd gestiegen. Wir können ruhig aussprechen, daß vorläufig an ein Sinken der Lebensmittelpreise nicht zu denken ist, auch wenn der Krieg in kürzester Zeit, wozu jedoch leider keine Aussicht vorhanden ist, beendet würde. Wir haben vielmehr auch jetzt noch mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Die Arbeiter haben aber nichts mehr zuzusetzen. Sollen die Körperkräfte nicht vollständig erschöpft werden, und daran kann niemand ein Interesse haben, so ist schnelle Hilfe notwendig. Diese Hilfe kann nach Lage der Dinge nur der Staat bringen! Im Bereiche der Möglichkeit liegt eine solche Einwirkung des Staates durchaus. Es liegt auch im Staatsinteresse, die Arbeiter existenzfähig zu erhalten. Nach den einseitig gemachten Angaben müßte der Lohn für die Arbeiter noch um mindestens 25 Prozent aufgebessert werden, und weitere Aufbesserungen müßten weiteren Steigerungen der Lebensmittel folgen.

Die Unternehmer sind in der Mehrzahl in der Lage, solche Lohnhöhungen tragen zu können. Die Kriegsgewinne reden eine nur zu deutliche Sprache. Ein Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ von Dr. Koppel wirft starke Schlaglichter auf diese Gewinne. Um jedoch in unserm Gebiete zu bleiben, nehmen wir den Abschluß eines großen chemischen Werkes zur Grundlage. Dieses Werk erzielte im Jahre 1915 einen Reingewinn von 19 828 870 M. Daneben wurden noch 11 607 570 M. abgeschrieben. Von dem Reingewinn wurden 3 000 000 M. der außerordentlichen Reserve überweisen. Der Kriegs-invalidentfonds wurde mit 1 000 000 M. bedacht. An Tantieme wurden 2 134 995 M. ausgeworfen und auf Vortrag wurden 2 893 875 M. gesetzt. Für die Aktionäre wurden 10 800 000 M. als 20prozentige Dividende ausgeschüttet. Die Summe des Arbeitslohnes für 1915 ist uns nicht bekannt. Sie dürfte aber 13 000 000 M. nicht übersteigen haben. Würde der Lohn in diesem Betriebe um 25 Prozent erhöht, was etwa 3 250 000 M. ausmachen würde, so ergibt die Uebersicht, daß ohne Einschränkung der Dividende und ohne daß das Werk in seiner Existenz gefährdet würde, diese Summe leicht gesahlt werden könnte.

Es besteht kein Grund, anzunehmen, daß die chemische Großindustrie in ihrer Gesamtheit diese Belastung nicht tragen könnte. Aber es besteht auch keine Aussicht, daß dieselbe in dieser Richtung den Arbeitern entgegenkommen wird. Da kann nur herzhaftes Zufassen uns zum Erfolg führen. Wo die Gesamtheit des Volkes in der Abwehr der Feinde ihr Bestes hergibt, kann es nicht recht sein, daß ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung allein die Vorteile des Krieges einheimt und die Arbeiter als Schaffer des Reichtums in ihrer Existenz gefährdet. Darum muß der Staat resp. das Reich für diese Sache interessiert werden, schon um die spätere Friedenswirtschaft wieder einrichten zu können. Wird die Arbeiterschaft allzu sehr geschwächt, so ist es um unser späteres Wohlergehen schlecht bestellt. G. S.

Frauenarbeitsarbeit und Arbeiterinnenschutz.

Von Luise Bieb.

Mit der steigenden Intensität und der wachsenden Mechanisierung der Arbeit ist ein tief einschneidender gesellschaftlicher Schuß der Arbeitenden, der fortgesetzt erweitert werden muß, zu einer kulturellen Notwendigkeit geworden.

Die Gesetzgebung hat aber meistens erst festgestellt, was durch den wirtschaftlichen Kampf errungen und längst Praxis geworden war.

Trotzdem haben wir alle Ursache, immer von neuem das größte Gewicht auf eine gesetzliche Regelung des Schutzes zu legen, weil erst diese eine feste Schranke der Ausbeutung zieht, die nicht bei jeder Krise sofort durchbrochen und niedergelegt werden kann.

Inbesondere ist gegenwärtig, bei der starken Zunahme der Frauenarbeitsarbeit, ein umfassender Arbeiterinnenschutz von größter Bedeutung, ja mehr als das: eine unumgängliche Notwendigkeit.

Durch das Notgesetz vom 4. August 1914 ist dem Reichstanzler das Recht eingeräumt, die geltenden Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderarbeitsbestimmungen während der Dauer des Krieges außer Kraft zu setzen. Ist die Ausbreitung der Schutzgesetze auch nicht generell erfolgt, so ist die leichtere Möglichkeit, von der Innehaltung der Gesetze befreit zu werden, von den Unternehmern sehr stark ausgenutzt worden.

Was für kurze Zeit und als Ausnahme gedacht war, ist jetzt eine mehr als zweijährige Praxis und Regel geworden. In der Folge ist nicht nur die Arbeitszeit vielfach verlängert, das Verbot der Nachtarbeit außer Kraft gesetzt, sondern auch Frauenarbeit in Betrieben zugelassen, in denen sie vor dem Kriege durch Gesetz oder Bundesratsverordnung verboten war.

Diese fast uneingeschränkte Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft wirkt auf die Dauer zweifellos in hohem Maße gesundheitsgefährlich.

Eine Gesundheitsgefährdung der Frauen bringt fortwirkend aber auch eine Beeinträchtigung von Gesundheit und Lebensmöglichkeit der nachwachsenden Generation.

Aller Arbeiterinnenschutz hat deshalb doppelte Bedeutung: Er soll eine unübersteigliche Schranke sein gegen rücksichtslos kapitalistische Ausbeutung, um in der Arbeiterin die Persönlichkeit, den Menschen, dem eigenes Denken, Fühlen, Wollen und Streben eignet, vor gesundheitlichen Gefahren und geistiger Verödung zu bewahren, und er soll gleichzeitig den weiblichen Menschen behüten, der gegen Familie und Gesellschaft die naturgegebene Pflicht der Mutterpflicht zu erfüllen hat.

Je größer die Zahl der weiblichen Arbeiter wird, um so mehr erfordert deshalb nicht nur ihr eigenes Interesse und das ihrer Klasse, sondern darüber hinaus das Lebensinteresse der Gesellschaft, daß der Arbeiterinnenschutz eine kräftige Ausgestaltung erfährt.

Der erste Schritt dazu ist die Aufhebung des Notgesetzes von 1914.

Bei der starken Ueberfüllung des weiblichen Arbeitsmarktes kann keine Rede davon sein, daß Nacht- und Ueberstundenarbeit gemacht werden müßte, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Dagegen wird der Verfall, welcher der Volksgesundheit aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge erwächst, ein unwiederbringlicher werden, je mehr, je länger die weibliche und jugendliche Arbeitskraft fast ungeachtet bleibt.

Bisher sind freilich die sozialdemokratischen Anträge im Reichstage, desgleichen die Resolutionen der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Frauen und des Arbeiterinnenkongresses ohne Erfolg geblieben. Diese Tatsache darf uns jedoch nicht abhalten, immer aufs neue die Aufhebung des Notgesetzes zu heischen und darüber hinaus unsere weitergehenden Forderungen für den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes mit Nachdruck zu vertreten.

Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden für die erwachsenen Arbeiterinnen und auf sechs Stunden für die Jugendlichen; Verbot der Gewerksarbeit für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahre; die Freigabe des Sonnabendnachmittags, um den Arbeiterinnen einen wirklich freien Sonntag zu sichern, die Freigabe eines freien Nachmittags zu Körperübungen für die

Jugendlichen; die generelle Einführung einer vierzehntägigen Ferienzeit für alle Arbeitenden unter Fortzahlung des Lohnes; Verlängerung der als Nacht bezeichneten Zeit, um ein Durchbrechen des Verbots der Nacharbeit durch Überstunden zu verhindern; ein Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei gewerblichen Giften und gesundheitsgefährdenden Arbeitsarten und -methoden; Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen acht Wochen vor der Entbindung und acht Wochen nach dieser; ein Ausbau des Heimarbeiterschutzes nach den Grundsätzen, wie sie von den verschiedenen Heimarbeitertagen aufgestellt worden sind.

Das sind die wichtigsten Forderungen, die wir in der Öffentlichkeit propagierten und im Parlament mit Energie vertreten sollten. Alle Forderungen, deren Durchsetzung durch die steigende Zunahme der Frauenerwerbsarbeit und die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dringlicher denn je geworden ist.

Leider hat schon eine starke Gewöhnung an die schrankenlose Ausnutzung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte stattgefunden; in der Folge wird deshalb die Durchsetzung eines erweiterten Schutzes ungemein erschwert werden.

Daraus erwächst für uns die Pflicht, den gekennzeichneten Ausbau des Arbeiterinnenschutzes als soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit wieder und wieder aufzuzeigen und einbringlich darzustellen, um die Entwicklung vorwärts zu treiben.

Unser Verband nach 27 Kriegsmonaten.

Für den Monat Oktober war die Berichterstattung nicht ganz so gut wie im Vormonat. Immerhin haben von 469 noch vorhandenen Zahlstellen 403 berichtet (gegen 470 im Monat September). Die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, ist von 197 472 auf 196 370, also um rund 1000 zurückgegangen. Der Rückgang ist unerheblich und wird den Wert der Statistik nicht wesentlich beeinträchtigen. Dessenungeachtet bitten wir die Zahlstellenleitungen auch bei dieser Gelegenheit wieder, zu einer möglichst vollständigen Berichterstattung mitzuwirken. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind für die Beurteilung der Auswirkungen des Krieges auf den Verband für die Gegenwart von geradem und unerschütterlichem Wert. Sie ermöglichen dem Vorstand und allen Funktionären des Verbandes einen dauernden Überblick über die Lage des Verbandes, und sie sind bei allen Beschlüssen über Kriegsmassnahmen ein unersetzliches Informationsmaterial.

Die Mitgliederbewegung war in den berichtenden Zahlstellen auch im Oktober, an den Verhältnissen gemessen, günstig. Die Zahl der Eintritte war nicht ganz so hoch wie im September, noch mehr aber ist die Zahl der Austritte bzw. Ausscheidungen zurückgegangen, so daß der Ueberschuß der Zugänge über die Abgänge größer war als im Vormonat. Folgende Zusammenstellung gibt die Zahlen über die Neuaufnahmen für die Monate Mai bis Oktober.

Es traten ein:

im Monat	Männliche	Weibliche	Zusammen
Mai	575	419	994
Juni	764	475	1239
Juli	724	392	1116
August	652	624	1276
September	777	754	1531
Oktober	565	890	1455
Mai bis Oktober	4057	2614	7681

Die Zahl der neu aufgenommenen männlichen Mitglieder ist fast gesunken; es sind im Oktober weniger Kollegen neu aufgenommen, als in irgendeinem der fünf vorhergehenden Monate. Zum Teil erklärt sich das wahrscheinlich aus der Tatsache, daß in den Monaten September und Oktober sehr viel Arbeiter zum Heeresdienst eingezogen wurden, also weniger zur Gewinnung für den Verband übrig blieben. Ganz erst ist das jedoch den Rückgang nicht; denn noch immer ist auch unter den männlichen Arbeitskräften ein erheblicher Teil für den Verband zu gewinnen.

Erstaunlich ist die starke Steigerung der Neuaufnahmen weiblicher Mitglieder. Auch in keinem der Monate, auf die sich die Erhebung erstreckt, sind so viele weibliche Mitglieder aufgenommen worden wie im Oktober. Das hat letzten Endes dieselbe Ursache wie der Rückgang der Neuaufnahmen männlicher Mitglieder. Die starke Engpässe der letzten macht immer mehr Arbeitsplätze für Arbeiterinnen frei, vergrößert damit das Rekrutierungsgebiet des Verbandes unter den Arbeiterinnen. In einigen Zahlstellen wird die Rekrutierung unter den weiblichen Arbeitskräften nicht nur sehr viel einfacher, sondern auch mit gutem Erfolg betrieben. So hat z. B. im Monat Oktober allein 107 weibliche Mitglieder neu gewonnen. Die weitaus meisten davon durch rege und fruchtbar betriebene Hausorgane. Auch einige kleine Zahlstellen haben gute Erfolge erzielt. Gertrud z. B., das bei Kriegsausbruch 55 Mitglieder zählte, hatte Ende Oktober dieses Jahres bereits 68, ohne die zum Heeresdienst eingezogenen. Davon waren 52 weibliche Mitglieder. Es scheint überhaupt, als ob die Berufstätigkeit unter den Arbeiterinnen jetzt bessere Früchte trägt als in der ersten Kriegszeit. Besonders wahr ist das nicht. Je länger der Krieg und damit die Männerarbeit der Frauen dauert, um so mehr werden diese zum Bewusstsein kommen, daß sie ohne eine gewerkschaftliche Interessenvertretung der Gasse oder Straße des Unternehmertums ausgeliefert sind.

Diese Nachbesserungen zur Frage der Verarbeitbarkeit für den Verband lassen sich nur dann machen, wenn die Zusammenstellung über die Beschäftigung und Veranlassung des Mitgliederbestandes in den berichtenden Zahlstellen folgen:

Mitglieder am 1. August 1914	männliche	weibliche	zusammen
am 31. Oktober 1914	170 964	25 406	196 370
	53 545	20 271	73 816
Zum 31. Oktober 1916 weniger	112 419	5 179	117 598
Zum Heeresdienst eingezogen	95 933	—	95 933
Rest des Verbandes	16 486	5 179	21 665

Der tatsächliche Verlust ist absolut um etwa 1000 geringer als am Schluß des Vormonats. Es ist jedoch auch die Zahl der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder gesunken, so daß die obige Zahl nicht abschlagend ist. Aber auch die Verhältnismäßig zeigt eine Besserung. Auf je 100 am 1. August 1914 vorhandene Mitglieder betrug der Verlust Ende September 11,5, Ende Oktober nur noch 11 Mitglieder. Wie sich der Verlust (nach

Stichproben) in den Jahren 1915 und 1916 gestaltet hat, zeigt folgende Zusammenstellung:

Auf je 100 bei Kriegsausbruch vorhandene Mitglieder waren mehr ausgeschieden als neu eingetreten am Ende der

	25. Kriegsmo.	50. Kriegsmo.	80. Kriegsmo.	84. Kriegsmo.	88. Kriegsmo.	90. Kriegsmo.	96. Kriegsmo.	99. Kriegsmo.	104. Kriegsmo.	27. Kriegsmo. 1916
Männl. Mitgl.	7,3	10,1	11,4	11,4	11,5	11,4	10,9	10,9	10,9	9,6
Weibl. Mitgl.	14,7	22,1	24,5	27,6	28,0	25,1	24,0	25,4	25,0	20,4
Zusammen	8,2	11,6	13,0	13,7	13,4	13,1	12,6	12,7	12,7	11,0

Die Besserung ist unübersehbar. Sie ist in den letzten Monaten besonders stark bei den weiblichen Mitgliedern. Gäße diese Besserung an — und das hoffen und wünschen wir —, so werden wir in diesem Jahre schon einen Teil jener Parteien wieder ausgetrieben haben, die der Krieg unserm Verbands in der ersten Zeit geschlagen hat. Jedenfalls rechtfertigen die Ergebnisse unserer Monatsberichterstattung ein sehr weitgehendes Vertrauen in die Zukunft unserer Organisation.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor günstig; die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen ist gleich Null. Als Erwerbslosenunterstützung wurden im Monat Oktober in den berichtenden Zahlstellen 2706 M. an arbeitslose und 36 429 M. an kranke Mitglieder ausgezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die mir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingehandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsbeginn eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
3. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 530	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 883	39,4
5. Juni	990	0,9	75 622	41,9
3. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	802	0,8	81 257	45,0
4. September	828	0,8	83 412	45,8
2. Oktober	692	0,7	85 878	47,6
6. November	632	0,7	88 579	48,9
4. Dezember	628	0,8	90 597	49,9
1. Jan. 1916	1 083	1,2	92 197	50,7
5. Febr.	987	1,1	92 619	50,9
4. März	993	1,1	93 844	51,6
1. April	833	1,1	93 622	51,6
30. April	743	0,9	94 428	52,1
31. Mai	684	0,8	96 056	53,0
30. Juni	610	0,8	97 121	53,4
31. Juli	529	0,7	97 516	53,6
31. August	423	0,5	98 875	54,1
30. Septbr.	384	0,5	100 869	55,3
31. Oktober	339	0,5	101 689	56,0

Von den zum Heeresdienst eingezogenen sind bis Ende Oktober 3981 zurückgemeldet. Die Zahl der tatsächlich Entlassenen oder Beurlaubten ist jedoch größer, denn es melden sich leider nicht alle rechtzeitig beim Verbands wieder an. In manchen Zahlstellen hapert es namentlich mit der Anmeldung der zur Arbeit beurlaubten Kollegen. Die Zahlstellenleitungen sollten es sich angelegen sein lassen, alle Kollegen, von deren Entlassung oder Beurlaubung sie Kenntnis erhalten, die sich aber nicht rechtzeitig wieder anmelden, recht bald, zunächst vielleicht schriftlich, dann aber bestimmt mündlich, an ihre Pflicht zu erinnern. Verstreicht darüber längere Zeit, so laufen Beitragsreste auf, und die bilden bekanntlich oft ein schweres Hindernis für die Wiederanmeldung.

Aus der Industrie

Die wirtschaftliche Lage der Papiererzeugungs-Industrie.

Die Unternehmer der Papiererzeugungs-Industrie, die stets den „starken Mann“ hervorheben, sobald es gilt, den Kampf gegen die berechtigten Wünsche ihrer Arbeiter aufzunehmen, die kein Mittel scheuen in der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen, versagen immer, wenn es sich darum handelt, ihre wirtschaftliche Interessenvertretung durch einiges Zusammenstehen in solche Bahnen zu lenken. Unerlässlich ist es, sobald die wirtschaftliche Lage für ihre Industrie günstig steht, sind sie ebenso schnell bereit, bei wiedergebender Konjunktur ihre Betriebe durch Schmutzkonkurrenz aufrechtzuerhalten. Mit wenigen Ausnahmen haben es die Unternehmer der Papiererzeugungs-Industrie bis heute noch nicht verstanden, eine Preispolitik zu treiben, die ihrer Industrie einigermaßen stabile Preise gewährt und ihren Abnehmern die Sicherheit gegen spontane Preiserhöhungen und Preissenkungen gibt, die unbedingt nötig ist zu einer ruhigen Abwicklung der Geschäfte.

Die Unachtsamkeit auf dem Preismarkt der Papiererzeugungs-Industrie veranlaßt auch die Papierverarbeiter zu Maßnahmen, die nicht im Interesse der gesamten Papierindustrie und der in ihr tätigen Arbeiterschaft liegen. Die fortwährende Ausziehung der Preisgrenze durch die Papierfabrikanten bei günstiger Konjunktur veranlaßt die Papierverarbeiter zu Ausstandsläufen, und laut schreit durch den Blätterwald die Klage über die Unerträglichkeit der Papierfabrikanten. Doch lange läßt die Reaktion nicht auf sich warten. Kaum sind die Läger der Papiergroßhändler und der Papierverarbeiter aufgefüllt und kann man sich ein Bild machen der guten Geschäftslage für die Papierfabrikanten bemerkbar, da

sind diese ebenso schnell bereit, mit derselben Hastigkeit, die sie bei der Erhöhung der Preise bekundet haben, nun auch Preisrückgänge eintreten zu lassen, die dann zur Schmutzkonkurrenz unter den Papierfabrikanten führen.

Eine derartige ziellose Preispolitik widerspricht durchaus den Interessen der Arbeiterschaft, die unter der Kopfschüttelung der Papierfabrikanten am meisten zu leiden hat. Bei guter Geschäftskonjunktur gelingt es den Papierarbeitern auch einmal, einen Pfennig mehr Lohn aus den Unternehmern herauszufinden; sobald sich aber eine Geschäftsklaube bemerkbar macht, sind die Papierfabrikanten ebenso schnell bereit, durch Abzüge von den Arbeiterlöhnen sich für die mangelhaften Papierpreise schadlos zu halten.

Die Verhältnisse während der Kriegszeit haben erneut die Beweise für die Schädlichkeit der Preispolitik der deutschen Papiererzeuger gebracht. Kaum war der erste Kanonenschuß gefallen, schon schränkten die Papierfabrikanten ihre Betriebe ein, viele Fabrikanten, besonders aus der Pappfabrikation, stellten ihre Betriebe ganz still. Die Arbeiterschaft suchte man mit Almosen zu entschädigen oder überließ sie einfach ihrem Schicksal. Sobald die Fabriklager geräumt waren, machte sich selbstverständlich eine Papierknappheit bemerkbar, die die Papierindustriellen zu Preissteigerungen benutzten. Sinzu kam noch, daß durch die fortwährenden Engpässen zum Heeresdienst ein Arbeitermangel bemerkbar wurde, der noch dadurch eine Verschärfung erfuhr, daß durch die Betriebsengpässe und -schließungen viele Papierarbeiter ihrem langjährigen Tätigkeitsgebiet den Rücken gekehrt und in der Nahrungindustrie besser entlohnte Arbeit gefunden hatten. Die Folge war eine empfindliche Papierknappheit, die durch Transportschwierigkeiten für die Papierverarbeiter noch unliebsamer wurde.

Zur Beseitigung der Papiernot und als Folge der Preissteigerungen kam nun eine Propaganda für eine Beschränkung des Papierverbrauchs. Der Staat griff regulierend in den Papierverbrauch ein. Ausführverbote wurden erlassen; das kostenlose Verteilen und Verschenden von Drucksachen wurde verboten. Die Amtsstellen gaben Anweisungen an ihr Personal zum sparsamen Verbrauch von Schreib-, Kanzleipapieren usw., die Tageszeitungen schränkten den Umfang ihrer täglichen Nummern ein, kurzum, es galt als patriotische Pflicht, so wenig wie nur möglich Papier zu verbrauchen. Die von der Bevölkerung geübte Sparfameit im Papierverbrauch und die Angstkäufe der Papierverarbeiter sowie die Papierhambereien verschiedener Spekulanten mußten zu einer Ueberfüllung des Papiermarktes führen. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen, wie aus folgendem Rundschreiben des Vereines sächsischer Papierfabrikanten vom 20. Oktober 1916 an die Papierinteressenten hervorgeht:

„Bei vielen Behörden im Reiche, auch bei den sächsischen, sowie andern Papierverbrauchenden Stellen, ist die Ansicht verbreitet, daß wir unter einer Papiernot leiden, und daß daher mit Papier überall im weitesten Sinne gespart werden müsse. Diese Ansicht entspricht keineswegs den Tatsachen, denn die Papierindustrie ist auch heute noch sehr wohl in der Lage, alles benötigte Papier zu liefern. Sollten sich jetzt hier und da einmal während der vergangenen Monate kleine Störungen bei den Papierlieferungen gezeigt haben, so sind darin durchaus nicht irgendwelche Anzeichen einer Papiernot zu erblicken gewesen, da nur die übermäßigen Bedarfsfälle diese Störungen hervorgerufen haben. Seit längerer Zeit aber ist dies ausgeschlossen, und die Papierfabrikation ist nun wieder in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen. Deshalb sollte nicht aus einem Exzess ins andere verfallen und nun der Papierverbrauch übermäßig eingeschränkt werden. Was auch dagegen kaum etwas einzuwenden sein, daß während des Krieges auf allen Seiten eine gewisse Sparfameit geübt wird, sie darf aber auch nicht übertrieben und vor allem nicht auf solche Bedarfsartikel ausgedehnt werden, die wie das Papier, in genügenden Mengen vorhanden sind. Man würde dadurch den betreffenden Unternehmern den Absatz ihrer Erzeugnisse nur unnötigermasse erschweren, während doch die volle Aufrechterhaltung auch dieser Betriebe zum wirtschaftlichen Durchhalten unbedingt nötig ist.

Wir bitten daher dringend, in Ihrem Bereiche einer übermäßigen Sparfameit im Papierverbrauch entgegenzuwirken und alle Kreise, auch durch die Presse, darüber aufzuklären zu wollen, daß eine Papiernot im Deutschen Reiche, von der immer berichtet wird, in Wirklichkeit gar nicht besteht.

Verein Sächsischer Papierfabrikanten.
(gez.) Kommerzienrat G. v. Posch, Kommerzienrat Dr. Niehhammer.“

Wiel Erfolg dürfen die beiden sächsischen Kommerzienräte mit ihrem Aufruf bei den Papierverarbeitern nicht haben, da deren Stimmung infolge der Preissteigerungen für die Papierfabrikanten nicht allzu günstig ist. Bei einer ruhigeren Preispolitik der Papiererzeuger hätte sich Zweifel ob die jetzt bestehende Spannung zwischen Papiermacher und Papierverarbeiter vermeiden lassen.

Nicht all Preiserhöhungen der Papierfabrikanten können schlecht als ungerechtfertigt bezeichnet werden. Die Steigerung des Holzpreises von 24 M. auf 500 bis 600 M. für 100 Kilogramm, die Erhöhung der Preise für Zellulose um 300 Prozent sowie die Verteuerung aller übrigen Rohstoffe fordern einen Ausgleich in der Erhöhung der Papierpreise. Doch scheinen die Papierfabrikanten zuviel des Guten genommen zu haben; wenigstens werden ihnen von ihren Abnehmern Preiserhöhungen bis zu 400 Prozent vorgeworfen.

Nach alter väterlicher Sitte sollen auch diesmal die Arbeiter wieder der leidtragende Teil sein, auf deren Kosten die Ueberproduktion beseitigt werden soll. Auf ihrer letzten Generalversammlung in Berlin hatten die Papierfabrikanten auf eine Anregung des Papierfabrikanten Kommerzienrats Posch beschlossen, eine Abstimmung unter den Mitgliedern des Vereines vorzunehmen über die Einlegung von Feierschichten. Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß sich bereits wieder eine Ueberproduktion in der Papiermacherei bemerkbar mache, deren Vorhandensein von Seiten einiger Papierfabrikanten zu Preisnachlässen benutzt wird. Bei Zustimmung von 90 Prozent der Mitglieder sollte der Betrieb jede Woche einen Tag ruhen. Dieser Plan der Papierfabrikanten ist in die Brüche gegangen, wie aus der folgenden Mitteilung des Vereines deutscher Papierfabrikanten hervorgeht:

„Aus Grund der bisherige festgestellte Ergebnis ungenügend ist der Betrieb der Betriebe einschränkung in der Papierindustrie zum Zweck einer Regelung des Papiermarktes läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß der geforderte Prozentfuß der Verteilung nicht erreicht wird. Selbst der Eingang der noch ausstehenden Antworte — ungefähr 170 — würde günstigsten Falles die Erreichung des gewünschten Zieles ausgeschlossen erscheinen lassen. Unbedingt zu einer Einschränkung des Betriebes nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung haben sich bereit erklärt 116 Firmen, unbedingt ohne Befehl abgelehnt haben die Einschränkung vier Firmen. In den meisten Betrieben wird eine Pause mit Hinweis auf die durch die Kriegsverhältnisse erzwungene ungewollte Betriebsengpässe von teilweise bis zu 50 vom Hundert nachdrücklich abgelehnt. Weiter werden die Ablehnungen damit begründet, daß die verminderte Arbeitsgeschwindigkeit, die teils durch die Einstellung von Maschinen, teils durch die Stilllegung einzelner Maschinen herbeigeführt worden ist, einer Betriebsverminderung

gleichkommt und einer bezüglichen Verpflichtung entspricht. Nicht zum geringen Teil werden auch als Grund zur Ablehnung eingegangene Lieferungsverträge mit der Staats- und Landesverwaltung herangezogen. Andre Fabriken, die mit Rücksicht auf die mögliche Konjunktur einen Teil ihrer Maschinen zur Spinnpapierfabrikation hergerichtet haben, wollen den Verdienst aus ihrer geringen Papierproduktion erhalten wissen, während wieder ein allerdings verschwindend kleiner Teil die Verpflichtung von der Zustimmung des Verbandes Deutscher Druckpapierfabriken und des Verbandes Deutscher Packpapierfabriken abhängig macht.

Auf Grundlage der mitgeteilten Einsprüche, die trotz des auf der Hauptversammlung vom 12. d. M. wohlwollendsten höheren Broeds in so starkem Maße von Sonderinteressen durchsetzt sind, erscheint eine einheitliche Regelung der Frage der Betriebsbeschränkung ausgeschlossen. Daher muß von einer solchen bedauerlicherweise Abstand genommen werden.

Wenn die Unternehmer glauben, die angelegliche Ueberproduktion durch Einschränkung der Erzeugung beseitigen zu müssen, so sind die Papierarbeiter mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei gleichbleibender Entlohnung gern einverstanden; sie haben selbstverständlich auch gegen die Einlegung von Feuerschichten nichts einzuwenden, wenn ihnen der Lohnausfall voll vergütet wird; sie werden sich aber ganz entschieden gegen eine Verkürzung ihrer ohnehin so mangelhaften Abhne zu wenden haben.

Köln-Rottweil.

Die Köln-Rottweiler Pulverfabriken wollen, wie wir schon berichteten, ihr Aktienkapital von 16 $\frac{1}{2}$ auf 33 Millionen Mark erhöhen, also glatt verdoppeln. Wir schrieben in Nr. 42 des „Proletariats“ zu der Nachricht: „Selbstverständlich handelt es sich hier um eine Verwässerung des Aktienkapitals zu dem Zweck, die anscheinend noch geringen Gewinne des laufenden Jahres unterbringen zu können, ohne die Öffentlichkeit, die Arbeiterklasse und — den Militärstand allgütig aufzubringen. Es ist den leitenden Kreisen von Köln-Rottweil — die beiden anderen Unternehmungen sind nur Töchter — gewiß nicht unbekannt geblieben, daß die zuständigen militärischen Behörden in erste Erwägungen darüber eingetreten sind, ob die Preise für Sprengstoffe mit den Verhältnissen in einem einigermaßen erträglichen Verhältnis stehen, und ob nicht die ungeheuren Gewinne der Sprengstoffgesellschaften eine Preisherabsetzung rechtfertigen. Solchen Erwägungen kann natürlich am besten entgegengehandelt werden, wenn man das Aktienkapital vergrößert und damit den Dividendenfuß herabdrückt oder doch sein weiteres Anwachsen verhindert.“

Auf der Generalversammlung der Gesellschaft, die Ende Oktober stattfand, wandte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Louis Hagen, gegen die Behauptung, die Kapitalerhöhung sei nur eine Verwässerung; zu dem Zweck, die Dividende zu drücken. Die Gesellschaft habe seit ihrer vor vierzig Jahren erfolgten Gründung mit dem unverändert gebliebenen Aktienkapital von 16 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark auskommen können. Dieses Kapital sei aber angesichts des inzwischen erreichten Umfangs der Fabriken und der Ansprüche, die an sie gestellt würden, nicht mehr zeitgemäß. Die Gesellschaft habe erheblichen Kapitalbedarf, für dessen Deckung allerdings die 16 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark neuen Aktien nur teilweise ausreichen. Bei der Beurteilung des Geldbedarfes des Unternehmens sei zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft etwa 36 Millionen Mark Kriegsausgaben besitze. Davon werde ein sehr erheblicher Teil für die Zahlung der Kriegsgewinne steuer verwendet werden müssen.

Daß die Gesellschaft Kapital braucht, mag schon stimmen. Trotzdem ist die jetzige Erhöhung des Aktienkapitals nur eine Verwässerung und nichts weiter. Wollte die Verwaltung nur neue Betriebsmittel haben, so hätte sie die Aktien nicht den alten Aktionären zum Nennwert angeboten, sondern sie zum Marktwert ausgegeben. Dann hätte sie für 5 Millionen Mark Aktien mindestens 20 Millionen Mark erhalten, also mehr als sie zu erhält. So aber schenkt sie den Aktionären Aktien, die einen Marktwert von 80 Millionen Mark haben, und nimmt dafür ein Erlösgehalt von 16 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark — nota bene, wenn sie nicht auch noch ein Teil dieses Erlösgehaltes später aus Gesellschaftsmitteln bezahlt.

Die Verwaltung des Unternehmens verschärft jetzt, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, die Dividende solle „vorläufig“, d. h. wohl für das nächste Jahr, durch die Kapitalerhöhung „nicht wesentlich zugunsten der Aktionäre vergrößert werden, d. h. man werde auf das Aktienkapital von 33 Millionen Mark vorläufig nur dieselbe Dividendensumme wie für das niedrigere Aktienkapital von 16 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark zuzüglich 5 Prozent Zinsen zu erwarten haben.“ Gleichzeitig sagt sie aber hinzu, daß man für später allerdings gute Früchte für die Aktionäre aus den jetzt bezogenen Aktien erhoffe, denn man habe für die dauernden Interessen der Aktionäre Vorrechte getroffen und glaube die Ausschüttungen auch für das Friedensgeschäft günstig beurteilen zu können.“ Man hat für die dauernden Interessen der Aktionäre Vorrechte getroffen.“ Sehr richtig! Vor allem durch Aufseinerhebung von Gewinnsummen, die auszuschütten man sich jetzt geniert, weil sie geradezu unberührt hoch sind und selbst in der an Kriegsgewinne gewöhnten Gegenwart Widerpruch hervorbringen könnten.

Arbeitsbedingungen in der Fischkonserven-Industrie.

Gegenüber den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Eismaschinen- und Eisfabriken liegen dieselben in Lübeck und Sigmund noch sehr im Argen. Teils liegen die rüchlichen Verhältnisse in den letztgenannten Orten in der Eigenart der Betriebe selbst begründet, indem in den meisten derselben nur während der Saison, d. h. im Winterhalbjahr, gearbeitet wird, zum Teil aber auch darin, daß die große Mehrzahl der Arbeiterinnen polnischer Herkunft ist. Die fremden Arbeiterinnen sind besonders in Sigmund in Wohnungen, die eigens zu diesem Zweck gebaut wurden, untergebracht und erhalten Lebensmittel, Feuerung und so weiter von den Fabrikbesitzern gesteuert. Der überwiegend größte Teil der Arbeiterinnen sind Wanderarbeiter, sie wandern im Herbst beim Einsetzen der Saison zu und juchen nach Beendigung derselben während der Sommermonate in der Landwirtschaft Unterkommen.

Bei weiterem Bedarf an billigen und willigen Arbeitskräften greifen die Fischfabrikanten mit Vorliebe zu den jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, so daß die erwachsenen ansässigen Arbeiterinnen meist nur in den dringlichsten Fällen und vorübergehend Unterstützung in den Fischbetrieben finden. Auch sind die Löhne in den Betrieben so gering bemessen, daß die verheirateten ansässigen Frauen oft ihren Erwerb in andern Industriezweigen, in denen die weibliche Arbeitskraft bei weitem besser entlohnt wird, zu suchen gezwungen sind.

Man bildet es für uns kein Geheimnis, daß die Zuwanderung fremder Arbeiterinnen mit Notwendigkeit zur Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen muß, und das scheint auch in diesem Falle der Lösung Zweck zu sein. So besteht beispielsweise noch in Sigmund für die Arbeiter die eckständige, für die Arbeiterinnen die schiefständige Arbeitszeit. Der Lohn betrug bisher 35 Pf. für die männlichen und 24 Pf. für die weiblichen Arbeiter pro Stunde. Diese durchwegs unzulänglichen Löhne haben erst anfang dieses Jahres eine Aufbesserung durch Bewilligung einer Kriegsteuerzulage von 30 Prozent für die Arbeiter und 20 Prozent für die Arbeiterinnen erfahren.

Wesentlich liegen die Dinge in den Lübecker Fischbetrieben, auch dort kann der eigentliche Lohn nur als ein Erlösgehalt angesprochen werden. Eine Ausnahme davon macht lediglich die Firma Bohmann, die allerdings neben den Fischkonserven auch Fleisch für den Hausbedarf verarbeitet. In diesem Betriebe ist die tägliche Arbeitszeit, bei einem Stundenlohn von 45 Pf. für erwachsene, 35 Pf. für jugendliche Arbeiter und 22 Pf. für Arbeiterinnen, auf 10 Stunden für die Arbeiter und 9 $\frac{1}{2}$ Stunden für die Arbeiterinnen bemessen. Auch nur diese Firma hat den Arbeitern eine Zulage von 10 Pf., den Arbeiterinnen von 3 Pf. pro Stunde gewährt, moegen der Lohn der jugendlichen Arbeiter auf 35 Pf. stehen geblieben ist.

An an beiden Orten eine Besserstellung der rüchlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen, wird es hier Aufgabe der Verbandsfunktionäre und zuerst in den Fischbetrieben beschäftigten Mitglieder sein müssen, durch fortgesetzte eifrige Aufklärungsarbeit auch in den Köpfen der fremden Arbeiterinnen den Organisationsgedanken allmählich durchzuführen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung im Holzgewerbe.

Die Arbeiter der Holzindustrie traten vor einiger Zeit an die Unternehmer heran mit der Forderung einer Zulage von 33 $\frac{1}{2}$ Prozent bzw. einer Lohn-erhöhung von 20 Pf. die Stunde. Die Verhandlungen der Zentralverbände der Unternehmer und der Arbeiter blieben erfolglos. Die Unternehmer wollten zwar nicht jedes Entgegenkommen ablehnen, doch wählten sie für ihre „Zugeständnisse“ eine Form, die darauf beruhte, den Arbeitern mit der einen Hand etwas zu geben, was sie ihnen mit der andern gleich wieder zu nehmen. Sie boten nach langem Sträuben eine Zulage von 25 Prozent, machten aber gleich zur Bedingung, daß als Grundlage für die Berechnung dieser Zulage die — Tariflöhne vom Juli 1914 gelten sollten sowie daß alle bisher gewährten Zulagen hierbei aufzurechnen seien. Weiter machten sie als Voraussetzung geltend, daß die Arbeiter sich zur Leistung von Ueberstunden ganz allgemein verpflichten sollten. Eine Zulage der Arbeitervertreter lehnte dieses Angebot als unannehmlich ab.

Am 7. November begannen darauf erneute Verhandlungen, die auf Anregung und unter dem Vorbehalt des Direktors im Reichsannt des Innern Dr. Caspar stattfanden. Diese führten zu Zugeständnissen der Unternehmer, die den Frieden zu sichern schienen. Es wurde festgelegt, daß die vor dem Kriege vereinbarten Tariflöhne erhöht und zu ihnen eine Zulage von 25 Prozent gewährt wird in folgender Weise:

Seitheriger Tariflohn	Wird erhöht auf	Zulage-Zulage	Zulage-Zulage
Bis 45 Pf.	45 Pf.	20 Pf.	65 Pf.
46—50 "	50 "	18 "	68 "
51—55 "	55 "	16 "	71 "
56—60 "	60 "	15 "	75 "
61—65 "	65 "	15 "	80 "
66 Pf. u. mehr	70 "	15 "	85 "

Skidte, die bisher keinen Vertrag hatten, werden bei der nächsten Vertragsrenewierung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Lohnklasse eingereiht. Die bewilligte Zulage von 15. November an um 15 Pf. für die Stunde erhöht, der Rest der Zulage wird vom 15. Februar 1917 an gewährt. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beträgt die Zulage 10 Pf. die Stunde. Auf diese Zulagen können die früher auf Grund örtlicher Vereinbarungen der Organisationen gewährten Zulagen bei männlichen Arbeitern bis zu 10 Pf., bei weiblichen und jugendlichen Arbeitern bis 5 Pf. angerechnet werden. In gleicher Weise wie die Stundenlöhne werden auch die Akkord- und die Montagelöhne erhöht, doch soll der Montagelohn mindestens 4 Mk. pro Tag betragen. Wo bereits höhere Zulagen erteilt sind, bleiben sie bestehen.

Ein Schluß der Verhandlungen gewährt den Kriegsgeschädigten einen Anspuch darauf, nach Beendigung des Feldzugs in ihrem alten Betrieb wieder in Beschäftigung zu treten und sichert sie gegen unberechtigten Lohnraub.

Durch diese Vereinbarung wird der Friede im Holzgewerbe voraussichtlich erhalten. Die Verträge sind um ein Jahr verlängert und gelten nun bis zum 15. Februar 1918.

Eine Konferenz des Verbandes der Bauarbeiter in Deutschland.

Am 2. und 3. November in Hamburg. Neben dem Bericht über den Stand des Verbandes beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer aus Mitgliederkreisen, der Beschäftigung der Frauen auf Bauern, der Erwerblosenunterstützung für Kriegsgeschädigte Mitglieder und mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsvermittlung.

Ueber den Stand des Verbandes konnte der Vorsitzende Paepow berichten, daß die Mitgliederzahl, die im Jahre 1914 vor Ausbruch des Krieges 310 444 betragen hat, am Schluß des ersten Halbjahres 1916 auf 81 008 zurückgegangen ist. Neben der Zahl von 172 025 Mitgliedern, die bis zum 30. Juni 1916 zum Heere eingetrossen waren, und denen, die durch natürlichen Abgang (Tod, Ausschüden aus dem Dienst usw.) als Verlust zu buchen waren, hatte der Verband im Jahre 1914 44 Prozent und im Jahre 1915 20,05 Prozent Abtrünnige zu verzeichnen. Das Verhältnis ist im Gegensatz zu den übrigen Gewerkschaften als sehr ungünstig zu verzeichnen. Während im Jahr 1914 auf den Bauarbeiterverband 12,5 Prozent aller in den Zentralverbänden organisierten Mitglieder entfielen, bilden es am 31. Dezember 1915 nur noch 8,3 Prozent. Künftig als angenommen werden konnte, wegen die Kassenverhältnisse. Das ganze Verbandsvermögen, das im Jahre 1914 auf 17 573 253 Mk. betragen hat, ist während des Krieges nur um 711 560 Mk. geringer geworden, trotz der hohen Aufwendungen für Familienunterstützung, die während der Kriegsbauer gemacht worden sind. Für die Familienunterstützung sind bisher rund 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark ausgegeben worden. Die diesjährige laufende Ausgaben über die Teilnahmebereitschaft der aus dem Kriege bereits zurückkehrenden oder vorläufig beurlaubten Mitglieder am Verbandesleben, haben die Beschäftigung zur weiteren Unterstützung erheblich herabgemindert. Dennoch wurde beschlossen, die Unterstützung zu beschneiden noch einmal in derselben Höhe wie früher nach den gleichen Grundätzen zur Auszahlung zu bringen.

Ueber die Beschäftigung der Frauen auf Bauern hat der Verbandsvorsitzende eine Aufnahme veranstaltet, bei der sich herausgestellt hat, daß zur Zeit rund 9000 Frauen im Baugewerbe, meistens jedoch im Tiefbau, beschäftigt werden. In Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Zustand auch nur als eine Erscheinung des Krieges angesehen werden kann, und daß darauf gedrungen werden muß, daß mit Beendigung des Krieges auch die Gewerbeordnung in vollem Umfange wieder in Kraft tritt, beschloß die Konferenz, in nächster Folge der Beschlüsse der früheren Bauarbeiterkongresse, von einer Organisierung der Frauen abzuziehen, doch den im Baugewerbe beschäftigten Frauen jede moralische Hilfe zu leisten, die ihnen die Organisierung bei der Einwirkung auf die Erhöhung der Löhne und bei der Durchführung des nötigen Bauarbeiterkampfes geben kann.

Für Erwerblosenunterstützung für Kriegsgeschädigte Mitglieder beschloß die Konferenz, daß alle nicht voll erwerbsfähigen Kriegsgeschädigten im Falle der Arbeitslosigkeit vom Verbands unterstützt werden sollen, sofern sie sich spätestens vier Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Heere beim Verband anmelden und ihre sonstigen Pflichten erfüllt haben.

Zur Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung“ führte der Leiter des Zentralarbeitsnachweises im Baugewerbe Silbermann (Berlin) aus, daß die Zahl der angeworbenen Arbeiter bei weitem nicht beschafft werden konnte. In einzelnen Monaten konnten nur 48,76 von je 100 benötigten Arbeitern vermittelt werden.

Den Schluß der Konferenz bildete eine Aussprache über in Rücksicht zu nehmende Änderungen des Statuts und der Verbandsverordnungen nach dem Kriege.

Für die Verständigung.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ersuchte kürzlich den Jahresbericht für 1915. In den allgemeinen Betrachtungen dazu finden sich zahlreiche Bemerkungen, denen wir nachfolgend zuführen können. So dem, was gesagt wird über den Hunger, über die Entlohnung der Arbeiter und über die Steuerpolitik der Zukunft. Vor allem aber stimmen wir den folgenden Sätzen zu:

„Es ist angehörs der ständig anwachsenden Konzentration im Unternehmertum von großer Wichtigkeit, daß sich die drei großen Gewerkschaftsrichtungen während des Krieges in praktischen Fragen immer mehr verständigen gelernt haben. Das, woraus es praktisch ankommt, liegt in diesen Zeiten auch wirklich allgütig auf der Hand, als daß Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen könnten.“

In ähnlicher Weise äußerte sich kürzlich die Baugewerkschaft, das Blatt des christlichen Bauarbeiterverbandes. In einem Artikel vom 10. September heißt es unter anderem: „Es soll und darf kein Zweifel darüber bestehen, daß wir starke Arbeiterorganisationen nach Kriegschluß notwendigem sein werden. Der die Einwirkung verfolgt und die Aufgaben sieht, die uns zu lösen

gestellt sind, steht mit mancherlei Sorge in die Zukunft. Die Arbeiterorganisationen sind durch den Krieg teilweise nur gering, und zwar im Handwerk, geschwächt, teilweise sind sie auf ihrem alten Stand geblieben oder haben sich noch verstärkt. Die Streikversicherungsorganisationen der Arbeitgeber haben ihre Reihen erheblich vermehrt. Wirtschaftlich hat die Industrie, in erster Linie die, die mit Kriegslieferungen beauftragt ist, sich sehr erholt. Gewiß gibt es Ausnahmen, wie z. B. die Zelluloseindustrie. Aber die Großindustrie hat außerordentlich gewinnbringend gearbeitet. Ueber oder nach bisher, und tut es heute noch, den Arbeiterorganisationen am ablehnendsten gegenüber. Zu der kapitalistisch so getrieben aus dem Kriege hervorwachsenden Großindustrie tritt die Landwirtschaft und der Handel, vorwiegend der Großhandel. Für dieses Dreigestirn war der Krieg finanziell ein Segen. Dagegen befindet sich die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Handwerker, die ärmer geworden, zum Teil ausgepowert sind. Diese im Extrem neigende Entwicklung birgt große soziale Gefahren und harten Konflikstoff in sich. Umgehrt aber gehen die Arbeiterverbände nicht ungeschwächt aus dem Kriege hervor. Ihre Mitgliederzahlen sind gewachsen, finanziell sind sie teilweise geschwächt oder wenigstens nicht stärker geworden. Das ist die Situation, wie sie jetzt schon vor uns liegt. Frage man sich dann noch die großen gewerkschaftlichen Aufgaben auf dem Steuer- und Wirtschaftspolitik vor Augen. Ist da nicht mit aller Dringlichkeit und absoluter Klarheit der Weg gekennzeichnet, den eine Arbeitergewerkschaft und auch, jeder einzelne Arbeiter zu gehen hat?“

Wir fügen diesen Betrachtungen an, was wir am Schluß des Artikels „Unternehmerrichtungen für die Zukunft“ in Nr. 46 des „Proletariats“ geschrieben. Es heißt da: „Was den Unternehmern Tag um Tag mehr gelingt: die Zusammenfassung aller Unternehmer in einheitliche Interessengruppen, darf den Arbeitern nicht bauend unumgänglich sein. Es muß gelingen, eine Grundlage zu finden, auf der alle ehrlich strebenden Gewerkschaften — richtig eine gemeinsame Festbau können, in der vorallen Dingen der Zukunft Schutz finden.“

Ausländische Arbeiterbewegung.

Eine Reichskonferenz der österreichischen Zentralverbände.

hat in Wien tagt. Sie war von 48 Delegierten aus 58 Gewerkschaften und von Vertretern der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Parteileitung und den Abgeordneten des Frauen-Reichskomitees besetzt. Hüber teilte mit, daß der Mitgliederverlust 57 Prozent gegen 55 Prozent in Deutschland und 56 Prozent in Ungarn betrage, dagegen bei den losgelassenen österreichischen Verbänden 70 Prozent, obwohl sie weit vom Kriegsgelände entfernt arbeiten. Ueber die gewerkschaftlichen Richtlinien für die Beschäftigung Kriegsgeschädigter konnte noch keine Einigung mit den Unternehmern erzielt werden. Die Arbeitsvermittlung für Kriegsgeschädigte ist noch in den Anfängen. Für die Arbeiterfrage bei der Demobilisierung sind der Regierung Vorschläge überreicht worden. Dem Metallarbeiterverband ist es gelungen, wenigstens für Niederösterreich die Errichtung einer Werkverbestelle für Arbeiter, die unter dem Kriegsgesetz stehen, durchzusetzen. Bei Uebergang zur Friedenswirtschaft wird es notwendig sein, daß sich die kleineren Gewerkschaften nach Industriezweigen zusammenschließen. — Am 5. Novemb. hat in Wien ein von Gewerkschaftern, Genossenschaftlern und Krankenversicherern einberufener Arbeitertag stattgefunden, zu dem auch Regierung und Reichstag eingeladen waren. Auf der Tagesordnung stand die Vorkriegsernährung und die rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriege.

Von unsern dänischen Bruderverbänden.

Wie die IK mitteilt, wurde auf dem Kongreß des Dänischen Arbeitermännerverbandes — unser Bruderorganisation, die auch der Fabrikarbeiterinternationale angegeschlossen ist — der Austritt des Verbandes aus der gewerkschaftlichen Landeszentrale beantragt. Der Kongreß beschloß aber mit 161 Stimmen gegen 134 diesen Antrag zurückzuweisen. Der Verband ist mit seinen 47 000 Mitgliedern der größte der Landeszentrale angegeschlossene Verband, die im ganzen 132 000 Mitglieder zählt. Ueber die Gründe für den Antrag wird nichts mitgeteilt, soweit wir unterrichtet sind, ist es die Folge von Grenzstreitigkeiten, vor allem mit der Organisation der Metallarbeiter. Wir werden noch Näheres über die Vorgänge berichten, sobald der Bericht vom Kongreß vorliegt.

Fortschritte des holländischen Fabrikarbeiterverbandes.

Im Verbandsorgan des holländischen Fabrikarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl vom 1. Januar bis zum 1. Oktober d. J. von 3200 auf 5000 gestiegen ist. Das Verbandsorgan begrüßt diesen Fortschritt mit der Bekanntgabe einer neuen intensiven Heftaktion und es läßt sich daran die Hoffnung, daß es gelingen wird, noch in diesem Jahre 6000 Mitglieder zu gewinnen.

Wir wünschen der Weiterbildung dieses holländischen Bruderverbandes den besten Erfolg.

Berichte aus den Zahlstellen.

Köln a. Rh. Die Entwicklung unserer Zahlstelle war auch im dritten Vierteljahr günstig. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 5918,10 RM., die der Lokalkasse mit 3358,65 RM. Für Unterhaltungen wurden 1303 RM. verausgabt. Der Hauptkasse formten 1575,23 RM. überwiesen werden. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen 2008,24 RM., so daß noch ein Kassensaldo von 1345,41 RM. verbleibt. Die Mitgliederbewegung ist befriedigend. Die Zahl der Neuzugänge beträgt 350 und ist gegen das zweite Quartal um 200 gestiegen. (Braval D. Red.) Davon wurden 186 bei der Hausagitation, 118 durch die Vertrauensmänner in den Betrieben und 26 in Betriebsversammlungen aufgenommen.

Die Hausagitation wurde systematisch an jedem Sonntag betrieben. In der zweiten Hälfte des Quartals wurde sie auch an die drei ersten Tage in der Woche ausgedehnt. In 45 Tagen wurden 607 Briefe verteilt. An der Hausagitation beteiligten sich 14 Kollegen. Auf 61 Mitglieder der Ortsverwaltung entfallen insgesamt 232 Aufnahmen. Die Mitgliederzahl ist um 87 gestiegen und betrug am Schluß des Quartals 480 männliche und 200 weibliche, zusammen 680 Mitgl. Ueber. Zum Militär sind 878 Kollegen eingezogen. Der Martenumsatz lag von 7454 auf 9067. Die Beitragserhebung betrug pro Mitglied 12,94 Mark. Sprechungen und Versammlungen wurden 148 statt. Den Kollegen im Felde wurden 2870 Zeitungen zugeführt. Die Wagenkommission erlebte ihre Aufgaben an 16 Tagen. Von 7 Mitgliedern, die ihren Austritt erklärt hatten, wurden 14 ihrer Verbände erhalten.

Bewegungen und Eingaben auf Zulagezulagen wurden auch im dritten Quartal erfolgreich fortgesetzt.

Auf den Farb- und Seifelarbeiten erhielten die Arbeiter eine Zulagezulage von 8 bis 10 Prozent. Die Arbeiter mit den höchsten Stundenlöhnen gingen leider leer aus. Eine monatliche Eingabe, auf die diese Arbeiter die Zulagezulage zu gewähren, lehnte die Firma ab.

Die Rheinischen Kabel- und Gummitwerke gewährten eine Zulagezulage von 10 Prozent vom 1. April bis 1. Oktober. Ueber nur diejenigen erhielten diese Zulagen, die auch vom 1. April bis 1. Oktober ununterbrochen bei der Firma tätig gewesen waren. Eine Eingabe, die Zulagezulage dauernd zu gewähren und den Stundenlohn der Arbeiter und Arbeiterinnen um 5 Pf. zu erhöhen, hatte den Erfolg, daß die Zulagezulage tausend gegen 1 wird und die Stundenlöhne um 1 bis 2 Pf. erhöht wurden. Bedeutet man, daß noch 20 Stundenlöhne von 42 Pf. gewährt werden, so ist das Entgeltkommen der Firma noch viel zu gering. Aber auch die Arbeiterkraft trägt daran die Schuld. Nur die Hälfte davon ist organisiert. Die übrigen betreiben die Lohnkampfungen mit ein, können es aber ab, dem Verband beitreten. Wenn aus diesem Versehen der Unternehmern die Firma kann den Lohn nicht, daß die Wegzahl der Arbeiter zufrieden ist, können auch keine besseren Resultate durch den Verband erzielt werden.

Gewichtige Gewerkschaften haben wir wieder bei der Firma Stöcker u. Pung. Die eingereichte Eingabe um eine Lohnherabsetzung

von 10 Prozent blieb zunächst unbeantwortet. Auf eine nochmalige Anfrage sandte uns die Firma eine Aufstellung über die Geschäftsbahnläufe einiger feuerfester Produkte vom Jahre 1915 mit dem Bemerkten, davon Kenntnis zu nehmen. Während die Verhandlungen noch im Gange waren, wurden die Löhne einiger Tagelöhner um 20 bis 50 Pf., und die Löhne der Arbeiterinnen durchweg um 30 Pf. pro Tag erhöht. Auch den Formern, die in Nord arbeiten, wurden die schlecht bezahlten Steinforsten etwas angehoben. Die Obleute und die übrigen Arbeiter gingen leer aus. Bei den Denarbeitern bestanden mit einigen Ausnahmen noch die alten Abschläge wie vor dem Kriege. Die Arbeiter waren mit dieser schmerzlichen Lohnaufbesserung höchst unzufrieden und beauftragten die beteiligten Organisationen, die Gewerkschaftsinspektion anzurufen. Die Antwort der Firma an den Herrn Gewerkschaftsrat Dr. Rosenbrud verdient besonders hervorgehoben zu werden. Darin stellte die Firma die Behauptung auf, daß sie genau dieselben Löhne zähle wie die übrigen Steinfabriken am Oberrhein. Wir haben darüber Ermittlungen angeestellt und gefunden, daß die Tagelöhne wie auch die Abschläge der Formern in anderen Steinfabriken bedeutend höher sind, und die Arbeiter in diesen Fabriken bei normaler Arbeitszeit höhere Wochenverdienste erreichen. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß auch der Firma Siederer u. Kung dies bekannt sein mußte. Es kann somit die Lohndiebstahl festgestellt werden, daß die Firma Herrn Dr. Rosenbrud falsch unterrichtet hat, um einen berechtigten Grund zu haben, die Wünsche der Arbeiter abzuwehren.

Die Firma Peters, Gießfabrik, gewährte den beschickten Arbeitern eine Leistungszulage von 3 Mk. den Bedienen von 1 Mk. pro Woche. Eine Leistungszulage von 3 Mk. pro Woche erhielten auch die Kollegen auf der Margarinefabrik von Klein u. Feinzer auf die beschickten Tagelöhne. Es ist dies die zweite Leistungszulage von 3 Mk. pro Woche die seit Ausbruch des Krieges in diesem Betriebe gewährt worden ist.

Auf dem Kölner Meierhof von Jäger u. Frischlingshaus gelang es uns, eine eingehende Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der Anfangslohn wurde auf 58 Pf., steigend nach 14 Tagen auf 60 Pf., nach weiteren 14 Tagen auf 63 Pf. und nach weiteren 14 Tagen auf 65 Pf. erhöht. Sind die 65 Pf. pro Stunde erreicht, wird eine Leistungszulage von 2 Mk. pro Woche gezahlt. Die erwachte Lohn-erhöhung beträgt durchschnittlich 8 Pf. pro Stunde. Die Arbeiter dieses Betriebes sind sämtlich organisiert.

Ginen annehmbaren Erfolg erreichten auch die Kollegen bei der Firma Felten u. Guillaume, Baubetrieb, in Wülheim. Auf die bestehenden Stundenlöhne wurde eine Lohnerhöhung von 10 Prozent gewährt. Eine Eingabe bei der Firma Heymann, Lumentortieranstalt, brachte einen teilweisen Erfolg für die Arbeiterschaft. Den im Tagelohn Beschäftigten wurde eine Leistungszulage von 2 Mk. pro Woche gewährt und den Nordarbeitern der Nordfabrik pro Zentner von 55 auf 60 Pf. erhöht.

Auf den Königl. Munitionsanstalten hatte unsere Eingabe auf eine allgemeine Lohnerhöhung einen teilweisen Erfolg. Nach längeren Verhandlungen, die zwischen dem Arbeiterausschuß und der Fabrikverwaltung geführt wurden, ist der Tagelohn um 27 Pf. erhöht worden. Die Verhandlungen über die Gewährung einer Leistungszulage an alle Beschäftigten sind noch nicht abgeschlossen. Der Tagelohn beträgt jetzt bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit 3,05 Mk.

Die Deutsche Sprengstoffabrik in Dellbrück hat auf eine Eingabe den Tagelohn um 20 bis 30 Pf. pro Tag erhöht. Den Arbeitern ist daraufhin die gewöhnliche Leistungszulage von 10 Mk. pro Quartal oder 78 Pf. pro Woche wieder in Abzug gebracht worden. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange. Jedenfalls ist das eine Maßnahme, die in der jetzigen teuren Zeit uns unverständlich erscheint. Eine Reihe von Bewegungen sind noch nicht abgeschlossen; über diese werden wir im nächsten Quartal berichten.

Trotzdem die Bemühungen des Verbandes um Aufbesserung der Löhne nicht ohne Erfolg geblieben sind, muß aber die Tatsache festgestellt werden, daß die gezahlten Löhne in fast allen Betrieben bei weitem nicht ausreichen, auch nur die auf Märkten abgegebenen Lebensmittel kaufen zu können. Mit Wochenlöhnen von 32 bis 40 Mk. ist es in Köln unmöglich, die notwendigen Ausgaben für Kleidung und Ernährung zu bestreiten. Besonders bedient sich festgestellt zu werden, daß durchweg in den uns zugehenden Betrieben die Löhne der Arbeiterinnen viel zu gering sind. Noch heute haben wir Betriebe, die Stundenlöhne von 25 bis 30 Pf. zahlen und dabei sehr hohe Gewinne einfahren. Es ist eine dringliche Aufgabe der Arbeitervereine, energisch nach Erhöhung ihres Einkommens zu arbeiten, die Unternehmer, die hohe Kriegsgewinne einfahren, wenigstens zur Gewährung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Die Verdienenden in der chemischen und Sprengstoffindustrie zeigen, daß die Konkurrenz nach allen Regeln ausgenutzt wird, während die Arbeiterinnehaltung nur sehr wenig von dem Dividendenjäger erhält. Die Tatsache, daß in der Sprengstoffindustrie noch Stundenlöhne von 29 bis 32 Pf. gezahlt werden, während aber den Arbeitern als Ausgleich mehrere Stunden pro Tag angefallen werden, zeigt, daß nach dem Kriege der ungleiche Stundenlohn das gesamte Einkommen der Arbeiter bilden soll. Auch in den Betrieben, wo nur Leistungszulagen gewährt werden, können diese wieder geschwinden werden, ohne daß dafür ein Lohnausgleich erfolgt. Wir müssen daher unsere Forderungen, immer größere Massen für unsere Bestrebungen gewinnen, damit wir nach Beendigung des Krieges in allen Betrieben bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmen können.

Sprengstoff. Auf der Rheinischen Dynamitfabrik bestehen Zustände in der Beziehung zur Behandlung der Arbeiter die der Abhilfe bedürfen. Besonders auf dem Wege müssen sich für 450 Mk. den ganzen Tag abmühen. Die Arbeiter im Betriebe setzen sich nicht viel besser. Weigern sich einer für den unzureichenden Lohn die schwere und ungesunde Arbeit zu verrichten, dann heißt es gleich: Gehen Sie in den Schützengraben! Hier ist das jüngste Verbrechen geschehen: „Bist du brav und fleißig, bekommtst du 3,00 Mk.; willst du mehr haben, kommst du in den Schützengraben.“ Ähnlich haben die Frauen die Arbeit bestanden, um einen Lohnzuschlag durchzusetzen. In der Verhandlung, die dort erfolgte, drohte der Herr Direktor, er würde sie alle erschlagen, die sich weigerten, die Arbeit zu leisten, und er würde dafür sorgen, daß sie nirgends Arbeit bekommen. Tatsächlich über eine Bestrafung unter den höchsten Unternehmern zu befehlen, daß Arbeitstätige, die aus dem einen Betriebe zum anderen, in dem anderen nicht eingestellt werden. Als schließlich mehrere Arbeiterinnen nach Einschücheln kamen und zu reden ansetzten, wurden sie dort gleich abgewiesen, obwohl diese gehandelt werden. Es waren die Unternehmer den Burgfrieden aus, um sich billige und willige Arbeitskräfte zu verschaffen. Aber aus all dem können die Arbeiter nichts. Immer wieder muß man mahnen: Gewinne in den beschickten Betrieben! Damit wir geschlossen für eine gerechte Arbeit und eine bessere Bezahlung kämpfen können. Einmal für alle - alle für einen!

auf reinen Stundenlohn umgerechnet und zugleich wesentlich erhöht. Bei dem großen Einfluß genannter Fabrik auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unseres ganzen Industriegebietes können die übrigen Fabriken an dieser Meuerung nicht achtlos vorbeigehen.

Bei der Lohnherhöhung selbst sind beachtenswerte Erscheinungen zutage getreten. Infolge der Kriegsteuerung haben wir im August eine Lohnforderung an die Firma gestellt. Nach langem Korrespondieren und nach Annäherung des Arbeitgeberverbandes wurde der Lohn vom 4. September an um 3 Pf. pro Stunde erhöht. Die Arbeiter der Baubereitung erhielten nur 2 Pf. Aufbesserung. Die Jugendlöhne gingen leer aus. Diese Lohn-erhöhung konnte einen Ausgleich für die Leistung nicht bringen. Die Metallarbeiter gingen sofort wieder vor und verlangten eine weitere Lohn-erhöhung. Ihre Vertrauensleute verlangten ebenfalls ein weiteres Vorgehen. In letzter Zeit drängen die Arbeiter immer stärker auf weitere Eingreifen. Wir reichen daraufhin wieder eine Forderung an die Firma ein und bewiesen darin auf die anhaltende Leistung, die den Arbeitern die Existenzmöglichkeit verliert. Das untere Einkommen unbekanntes bleibt, verliert sich bei der Umstellung von selbst. Aber es kommt uns so nicht auf eine Antwort teilens der Fabrik an, sondern wir wünschen mehr Lohn für die Arbeiter. Diesen Wunsch haben wir bisher noch immer mehr oder weniger erreicht. So auch diesmal. Dem Druck der Arbeiterstimmen, nicht dem eigenen Triebe nachkommend, entschloß sich die Fabrikleitung zu einer Lohnherhöhung, die sie am 6. November durch Anschlag bekannt gab. In der Bekanntmachung heißt es:

„Um der durch den Krieg geschaffenen, weiter erschwerten Lage Rechnung zu tragen, haben wir nach eingehender Prüfung der jetzigen Bedürfnisse und nach Anhörung des Vorstandes des Arbeitervereins beschließen, vom 1. Dezember Nr. 46 an eine allgemeine Lohn-erhöhung für unsere Arbeiter einzutreten zu lassen.“

Diese Lohnherhöhung für ungelernete Kollaborier beträgt 8 bis 5 Pf. pro Stunde, so daß die Löhne folgende sein würden:

	hierher	jetzt		hierher	jetzt
bei Eintritt	44 Pf.	52 Pf.	nach 6 Jahren	50 Pf.	58 Pf.
nach 2 Jahren	47	53	" 8	51	56
" 4	49	54	" "	" "	" "

Die Bezahlung werden wir aber zu Vereinerung nach der wirklich leisteten Arbeitszeit unter entsprechender Umrechnung der bisherigen Stundenlöhne vornehmen und ferner die bisher gewährte wöchentliche Kriegszulage von 1,80 Mk. in den festen Stundenlohn einbeziehen.

Der Lohn stellt sich also jetzt wie folgt:

bei Eintritt	60 Pf. pro Stunde	nach 6 Jahren	63 Pf. pro Stunde
nach 2 Jahren	61	" 8	64
" 4	62	" "	" "

Vorarbeiter und Arbeiter mit Wochenlohn erhalten ebenfalls unter Einbeziehung der bisherigen Kriegszulage von 1,80 Mk. eine Erhöhung des Wochenlohnes um 4 Mk.

Die bisher nur bis zu einem bestimmten Wochenverdienst gewährte Kinderzulage von wöchentlich 50 Pf. pro Kind werden wir in Zukunft ohne Rücksicht auf den Wochenverdienst allen unseren verheirateten Arbeitern in höherer Höhe bezahlen.

Die Kriegsfamilienunterstützung bleibt in bisheriger Höhe bestehen.

Bei dieser Lohnherhöhung gehen die jugendlichen Arbeiter wieder einmal leer aus. Die Löhne der jugendlichen Arbeiter sind seit 1907 fast nicht geändert worden und liegen hinter den Löhnen in anderen Fabriken ganz erheblich zurück. Diese sind die Jugendlichen von den Kriegsteilnehmern zuzulassen. Ueber die Löhne der Frauen und Mädchen befragt die Bekanntheit auch nicht. Ihren Gewohnheiten gemäß kann die Fabrikleitung sich nicht entschließen, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Sie läßt vielmehr jede Lohnaufbesserung „freiwillig“ eintreten. Nicht einmal dem Werkverein wird einbezahlt, womit dessen Vertrauensleute so gern und viel renommieren, daß er in solchen Sachen etwas mitzureden oder gar anzurufen hätte. Die Direktion hat nur, daß sie die jetzigen Verhältnisse gepußt und den Vorstand des Werkvereins gehört hätte. Das Können des Vorstandes beschränkte sich bisher darauf, ihm zu sagen, was die Direktion will, und in der Direktion, daß der Werkverein die Lohnherhöhung als kein Werk hinstellen soll. Mehr wird diesmal auch nicht gesehen sein. Was der Bekanntheit, daß die Direktion den Vorstand des Werkvereins angehört hat, geht hervor, daß dieser in Vorschlägen nichts zu sagen hat. Aber zum Mitgliedsbeitrag muß das Wort „Arbeiterverein“ dienen, das in der Bekanntmachung durch Fettdruck hervorgehoben ist. Es ist aber ein Zeichen der Zeit, daß die Forderung der besseren Werk-vereine, der zur Niederhaltung der Löhne von ihr organisiert wurde, indirekt dazu benutzt, um ihn als Anreger der Lohnherhöhung - nicht etwa zu bezeichnen sondern aus nebeliger Ferne als solchen wirken zu lassen, damit durch dies Maßnahme neue Mitglieder gelockt werden können.

War ist die Zahl der Werkvereinsmitglieder noch ziemlich groß, aber die Arbeiterinteressen lassen sich damit nicht dauernd wiedergeben. Beim Nutzen nach höherem Lohn sind die Werkvereinsmitglieder ebenso ungeschickt, wie die übrigen Arbeiter, wenn sie auch der Forderung gegenüber etwas zurückhaltend sind. Als Schwärzer kann je jedenfalls mehr, als die organisierten Arbeiter hätten je tun können. Und so ist denn das erbärmliche Schauspiel zu beobachten, daß die organisierten Arbeiter täglich das Lament der Werkvereinsmitglieder hören müssen und so Lohnbewegungen gesteuert werden. Diese Situation ist der Direktion nicht unbekannt geblieben, und sie wird von ihrer Verantwortungsgründung wenig erbaut sein. Anstatt die Lohnbewegungen auszuhalten, treibt ihre eigene Gründung der Werkvereine. Aus solchen Vorgängen ergibt sich, daß jede Organisation der Arbeiter, mag sie auch eine Forderung der Unternehmensinteressen dienen, sehr leicht zu einer anderen Stellungnahme kommen kann. Ein anderer Ausstoß kann die Grundränder verhängnisvoll werden. Ueber die Wirkung der Lohnherhöhung werden wir berichten, wenn einige Lohnzüge vertrieben sind. Vorläufig sagt man noch nicht können, es die bisher geschaffenen Forderungen weitergeschafft werden und so im neuen Betrieb in Oppan die Umrechnung der Lohnherhöhung den Arbeitern die in Aussicht gestellte Lohnherhöhung wirklich bringt.

Bei der Firma Reich u. Co., Düngersabrik, Ludwigshafen, wurde auf eine Eingabe von 30 auf 40 Pf. und für die Frauen und Kinder (bis zu drei) beschickter Arbeiter von 10 auf 20 Pf. pro Tag erhöht. Dieser Betrag die höchste Leistungszulage pro Woche 4,20 Mk. Darin die jetzige Er- höhung ist der Höchstlohn auf 7,20 Mk. gestiegen.

Rundschau.

Generalkommando und gewerbliche Frauenarbeit.

Das stellvertretende Generalkommando des 10. Armeekorps hat an die hannoverschen Gewerbebetriebe für die Verwendung von Frauenarbeit als Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen männlichen Arbeitskräfte folgende Bestimmungen getroffen:

„Dort, wo Frauen arbeiten können, müssen die männlichen Arbeitskräfte, soweit als irgend tunlich, durch sie ersetzt werden, um solchen Stellen zugeführt zu werden, für welche nur Männer in Frage kommen. Die Frauenarbeit hat sich schon an vielen Stellen bewährt, wo man sie früher für unmöglich hielt; sie wird noch weit mehr zu verwenden sein, wenn unser Wirtschaftleben dauernd den gegenwärtigen Anforderungen genügen soll, die künftig noch mehr als bisher daran gestellt werden müssen. Die Beschäftigung von Frauen ist aber voraus, daß dabei auf die Eigenart der weiblichen Arbeitskraft geachtet wird. Die Beschäftigung von Frauen ist aber voraus, daß dabei auf die Eigenart der weiblichen Arbeitskraft geachtet wird. Die Beschäftigung von Frauen ist aber voraus, daß dabei auf die Eigenart der weiblichen Arbeitskraft geachtet wird.“

Wider die Wurst!
Folgende zugehörige Rapunzelpredigt wider die Wurst fand sich kürzlich in der Bremer Post: Die Schwärzer haben gemeint, es war noch Koschen! Auch Kälber und Kinder haben viel Fleisch verloren.

und das Skelett übrig behalten. Die Ursache ist sichtbar: Die Schlächter z. B. bekommen in Charlottenburg ihr Schmelzfleisch zu 1,48 Mk. das Pfund und sollen es zu 1,80 Mk. verkaufen. Wurst hatten sie zu 2,40 bis 2,50 Mk. verkauft. Also verkaufen sie Wurst statt Fleisch. Da flucht der Profit, denn ein Pfund Wurst ist lange nicht ein Pfund Fleisch. In der Wurst ist noch Blut, Lunge, Schlappher, Kalkbäumen, Gschmeuz, Salz - lauter Sachen, die viel billiger sind als 1,80 Mk. das Pfund, außerdem viel Wasser, das gar nichts kostet, gebunden durch Dinge, die nicht hineingehören; darin ist dann verschiederer unterfäuliger Mistfall, sagen wir Hackfleisch. Und damit ist das Geheimnis der Wurst meistens noch nicht erschöpft. Jean Paul hat gesagt: „Die Wurst ist eine Götterpöbel, denn die Götter mögen wissen, was drin steckt.“ Eine Fleischkonserve, welche die Wurst sein soll, ist die Stadt- wurst nicht. Für dieses Gemisch von Matsch zahlt der Unverstand die Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit des Volkes einen Preis, welcher der Aufmerksamkeit der Preisprüfer vergeblich empfohlen wird, denn dieser Preis ist immer „reell“. - Um das alarmierende Wurstgeschäft der Schlächter - ein Futatengeschäft, ein Streckgeschäft, ein Erlassgeschäft - begreifen und ausbeuten zu können, ist natürlich Fleisch nötig. In jedem hundert Meter Wurst sind immerhin etliche Meter wirkliches Hackfleisch sichtbar enthalten, um den Namen zu ermöglichen. Der Schlächter, welcher Vieh vom Magistrat bekommt, ist nun nicht wie ein treuer Beamter, der (etwa an der Post) einen Markenbogen bekommt und die Marken bei beiseitigenem Lebensunterhalt ohne persönlichen Vorteil im einzelnen verkauft. Der Schlächter ist Geschäftsmann; er verdient soviel wie möglich (von Rechts wegen!) und entnimmt dem Vieh so viel Fleisch zum Wurstmachen, bis die Grenze kommt, wo der Standaal es unmöglich macht, aber der Schutzmann oder das Justizhaus. - Das ergibt sich einfach und folgerichtig aus der Privatwirtschaft, und wir sagen einfach und folgerichtig: Weg mit der Wurst! Die Leute können während des Krieges sehr gut ohne Wurst leben, da werden sie billiger und besser leben und werden fleischer an den Knochen haben. Sie können zum Beispiel das Fleisch zusammenhängen und Kartoffeln, Zwiebeln, Salz mit Majoran und allen Streckungsmitteln hineinstecken, können dieses fleische, köpfiger Klops machen oder mit dem Gedanken von Butter, den sie haben, besser mit Fett, das nunmehr an dem Fleisch sitzen wird, Fleischstücke und kalten Salzen braten und davon fast aufessen. Das wird alles viel nährreicher sein als Wurst. Es geht ausgezeichnet ohne Wurst. In manchen Gegenden Amerikas hat man keine Wurst bei reichlichem Fleischgenuss, auch England und Frankreich kennen unsre zu un- wirtschaftliche Wurstmacherei nicht. Diese Wurstmacherei in der Kriegs- zeit ohne den freien Wettbewerb führt zur Ueberproduktion derer, die die Wurst kaufen - ein kurzes Ende von sehr langer Wurst - und derer, die den Rest Fleisch kaufen, zum Volkvertrug. Weg mit der Wurst!

Verbandsnachrichten.

Statistik - Blaue Karten.

Für den Monat Oktober haben trotz Mahnkarte nicht berichtet

Gau	Zahlstellen	Mitgliederzahl		
		männlich	weiblich	zusammen
1	5	85	4	89
2	9	264	23	287
3	2	51	30	81
4	4	240	5	245
5	2	13	-	13
6	4	70	24	94
7	6	3-8	83	481
8	3	59	7	66
9	3	49	21	70
10	1	60	40	100
11	8	69	14	83
12	4	66	8	74
13	9	21	18	89
14	2	6	-	6
15	4	227	39	266

Zum Verbands 66 1714 300 2014

Mehrere Zahlstellen senden noch immer rote Wochentarten und graue Monatskarten ein. Diese Karten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden. Dafür muß bis zum 4. eines jeden Monats eine blaue Statistikkarte nach Hannover gesandt sein. Für den Monat November müssen die Karten bis 4. Dezember in Hannover sein.

Vom 7. November 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Etraubing 87,99. Kaufahrt 40,64. Mietzuzug 9,28. Schöngau 11,84. Freiburg i. B. 256,64. Burg a. B. 58,64. Klee 35,21. Regim 33,89. Goch 8,14. Matuluis 3,66. Wänden 351,92. Wauzen 50,-. Neumarkt (Oberpf.) 18,60.

Zu Verbandsbeiträgen gingen ein:

Klein - 90. Klee - 20. Goch - 10. Kaufahrt 2,80. Wauzen 8,15. Döhl 1,45.

Schluss: Montag, den 13. November, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1916 haben eingesandt:

Schöngau, Mietzuzug, Etraubing, Kaufahrt, Burgdorf, Klee, Goch, Burg auf Rehmar, Regim a. d. G., Hann-Wänden, Matzow, Osnabrück, Ulm.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds- Bücher und -Karten.

Buch- Nr.	Name des Mitgliedes	Geburts- datum	Eintritts- datum	Eingetreten in
570 147	Otto Strinniger	13. 3. 1891	13. 3. 1907	Eisenberg a. M.
438 699	Joh. Schenemann	10. 10. 1885	28. 4. 1907	Frankfurt a. M.
569 793	Berta Michael	1. 5. 1881	11. 5. 1913	Freiwaldbau
367 754	Ernst Schumann	27. 10. 1873	24. 7. 1909	Regensburg
401 835	Georg Schabel	29. 4. 1871	18. 6. 1905	Wänden
577 716	Margarete Traut	3. 5. 1876	2. 3. 1913	Ludwigshafen
412 031	Karl Fieber	22. 5. 1870	11. 5. 1911	Südwestfalen

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Arsfeld. Hermann Schöning, Hannoverstraße 12B.
Ernt Kaiser, Seminarstraße 4, part.
Friedland i. M. Rogge eingezogen. Karl Sellwig, Kaiserstraße 75.
Grimma. Franz Reiß, Burgberg h. Gr. 25b. Adolf Gebauer, Schulstraße 60.
Sülfrow. Ohde eingezogen. Heinrich Soltwedel, Köpferstraße 5.
Heilbrunn. Bureau: Wollhausstraße 31, I. Et.
Holzhausen. Holzhausen eingezogen. Fritz Gerstl, Lauerstraße 15.
Hüttenrode. Trute eingezogen. Heinrich Reiß, Lange Straße 17.
Worms. Friedrich Hoffmann, Merzstraße 15. Christ. Sujewicz, Raiser Straße 4.

Kalender.

Auf zahlreiche Anfragen teilen wir hierdurch mit, daß wir für 1917 keinen Verbandskalender herausgeben.